

39. Sitzung / 27.06.2014

Tagesordnungspunkt 35:

Abschließende Beratung: **Solidaritätszuschlag muss 2019 auslaufen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/1474 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/1568

Renate Geuter (SPD):

Die Bundeskanzlerin selbst wird in der Presse mit dem Satz zitiert:

„Ich sehe nicht, wie wir einen Betrag in dieser Höhe an anderer Stelle einsparen können.“

Vor diesem Hintergrund wundert es schon, dass die Vertreter der CDU-Fraktion im Haushaltsausschuss dem FDP-Antrag zugestimmt haben und wohl auch heute zustimmen werden. Das wird Frau Merkel sicherlich mit großer Freude zur Kenntnis nehmen.

(Adrian Mohr [CDU]: Das wird sie!)

- Darüber werden wir sie auch informieren.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Neuregelung der gesamten bundesstaatlichen Finanzbeziehungen gibt es inzwischen eine Vielzahl von Vorschlägen zur zukünftigen Verwendung der Mittel des Solidaritätszuschlages sowohl von der Bundeskanzlerin als auch von verschiedenen Ministerpräsidenten und von den kommunalen Spitzenverbänden. Selbst Herr Söder hat vor wenigen Tagen neben vielen anderen Vorschlägen den Anspruch erhoben, zumindest Teile der Mittel des Solis für die Zwecke der Länder zu verwenden.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Der Solidaritätszuschlag ist eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer. Ergänzungsabgaben dürfen nur einen zusätzlichen, aufgabenbezogenen, nicht dauerhaften Finanzbedarf abdecken. Nicht alle der jetzt bekannten Vorschläge zur Zukunft des Solidaritätszuschlages erfüllen diese verfassungsrechtliche Vorgabe. Dafür wären andere rechtliche Grundlagen erforderlich.

Es ist - darauf habe ich schon bei der letzten Diskussion verwiesen - im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung vereinbart, dass für die Fragen, die mit der Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen zusammenhängen, eine Kommission gebildet wird, die alle Themenbereiche mit einbezieht, nämlich den Länderfinanzausgleich, den Europäischen Fiskalpakt, die Einhaltung der Schuldenbremse, den Umgang mit den Altschulden der Länder, die Zukunft des Solidaritätszuschlages, aber auch die sogenannten Entflechtungsmittel und die Gemeindeverkehrsfinanzierung. Dazu sind inzwischen die ersten Schritte eingeleitet worden, und das weitere Vorgehen ist abgesprochen worden. In diese Diskussion sollten wir uns kritisch und konstruktiv einbringen, wie es auch die Landesregierung getan hat. Wir befinden uns da in voller Übereinstimmung mit unserem Finanzminister und auch mit dem Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Adrian Mohr [CDU]: Das ist aber schön!)

Das macht im Interesse unseres Landes deutlich mehr Sinn als populistische Schnellschüsse zulasten Dritter, wie Sie sie hier mit Ihrem Antrag vorgelegt haben.

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)